



Kommunistische Kommunalpolitik

Die Politik in den Kommunen - das zweite Standbein unserer Arbeiterpolitik.

Hauptinhalte kommunistischer Kommunalpolitik sind die Finanzlage der Kommunen und die mit Haushaltsnotständen begründete Privatisierungspolitik. Wir erkennen die z. T. katastrophale Finanzlage der Kommunen nicht als Sachzwang an, sondern zeigen die Ursachen, zum Beispiel die Steuerpolitik zu Gunsten der Konzerne, auf. Wir machen deutlich, dass das Ausbluten der Kommunen und das Abwälzen der Folgen auf die Bürgerinnen und Bürger Bestandteil der Umverteilungspolitik der Herrschenden im Interesse des Kapitals ist. Wo bürgerliche Kommunalpolitik sagt „Wir müssen alle sparen“, fragt kommunistische Kommunalpolitik „Wo ist das Geld und wer verteilt es wohin?“ Wo bürgerliche Kommunalpolitik auf Schaufenster- und Hochglanzprojekte im Interesse der Reichen und Mächtigen orientiert, setzt kommunistische Kommunalpolitik dem den Kampf um Breitensport, Breitenkultur, die Versorgung der Stadtteile, Einrichtungen für Jugendliche, Senioren, Einwanderer, Menschen, die von sozialer Ausgrenzung betroffen sind, entgegen.

Die Finanzlage der Kommunen wird dazu genutzt, eine Welle der Privatisierung kommunalen Eigentums durchzusetzen. Betriebe, die bislang in kommunalem Eigentum waren, werden auch dem letzten Rest öffentlicher Kontrolle entzogen. Dabei werden die profitablen Bereiche privatisiert, die unprofitablen Bereiche bleiben bei den Kommunen, wodurch sich deren Situation weiter verschlechtert. Privatisierungen bedeuten die Deregulierung von Arbeitsbedingungen und die Senkung von Löhnen und Gehältern der dort Beschäftigten. Es kommt zum schrittweisen Abbau vormals öffentlicher Leistungen. Kommunistische Kommunalpolitik ist prinzipiell gegen Privatisierung, in welchem Gewand sie auch versteckt wird.

Elemente der direkten Demokratie, zum Beispiel Bürgerentscheide und -begehren werden zum Teil zugestanden, aber mit solch hohen Hürden versehen, dass diese für Bürgerinitiativen kaum zu nehmen sind. Die Anzahl von Sitzungen gewählter Gremien (Stadt-, Gemeinderäte) wird abgebaut, immer mehr „übernehmen“ Verwaltungen auch politische Entscheidungen. Die Städte und Gemeinden werden immer mehr in Richtung einer rein betriebswirtschaftlichen Orientierung umstrukturiert. Die kommunalen Haushalte sind intransparent.

Unser Primat liegt auf dem außerparlamentarischen Kampf. Kommunistische Kommunalpolitik setzt in erster Linie auf die Mobilisierung der Menschen für ihre Interessen. Das heißt nicht, dass wir uns nicht an Wahlen beteiligen und um Mandate in Kommunalparlamenten ringen. Entscheidend ist, dass sich unsere Arbeit in gewählten Gremien der Kommunen daran misst, wie sie der Förderung fortschrittlicher, außerparlamentarischer Bewegungen dient. Wir machen unsere Arbeit in Gremien und die Arbeit der Gremien transparent. Wir bringen den Filz, die Kungelei in der Kommunalpolitik und zwischen den Spitzen der Kommunen und den Konzernen ans Tageslicht. Kommunalpolitik bietet vielfältige Möglichkeiten, die Brennpunkte des politischen Kampfs, sei es Sozial- und Demokratieabbau oder den Kampf gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung, einzubringen und konkrete Kampfziele zu entwickeln. Auch hier kann der Ansatzpunkt der Kampf in der Kommune sein – finanzielle Austrocknung der Kommunen, Einschränkung des demokratischen Rechts des Bürgerentscheids etc. – muss aber nicht dabei stehen bleiben.

Kommunalpolitik kann nicht nur die Angelegenheit der Genossinnen und Genossen in einzelnen Städten sein, sondern ist Sache der ganzen Partei. Wir müssen wieder in die Lage kommen, zu für uns wesentlichen Themen auch städteübergreifend als Kampagne anzugehen, Erfahrungen zusammenzuführen und auszuwerten. Anknüpfend an die Erfahrungen beispielhaften Widerstands gegen Privatisierungsvorhaben, gilt es eine bundesweite Kampagne gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums zu entwickeln. Instrumente kommunistischer Kommunalpolitik sind Stadtteilzeitungen zur regelmäßigen Verteilung in festen Verteilgebieten, Nachbarschaftsbriefe, Infostände, Bürgersprechstunden, Bürgerbegehren und -entscheide und die gemeinsame Aktion mit den Betroffenen.

(aus dem Antrag an den 18. Parteitag der DKP Antragssteller: Yirida Berger, Anke Dussmann, Michael Götze, Olaf Harms, Patrik Köbele, Siw Mammitzsch, Brigitte Müller, Renate Münder, Rainer Perschewski, Wera Richter)

Post über **DKP Halle Merseburg** Homepage www.DKP-LSA.de
PF 700202 Mail KOR@dkp-lsa.de
06040 Halle